

Der Friedensplan für Libyen

Obama führt einen rechtswidrigen Krieg. Dennis Kucinich kämpft im US-Kongress dagegen. Sein Mitstreiter David Swanson erklärt wie

David Swanson, 41, ist einer der bekanntesten amerikanischen Kriegsgegner, war Pressesprecher des demokratischen Kongressabgeordneten David Kucinich, der letzte Woche einen Friedensplan für Libyen vorlegte. Gerhard Frey jr. hat Swanson befragt.



David Swanson mit Dennis Kucinich (links), dem demokratischen Abgeordneten, der zusammen mit seinem republikanischen Kollegen Ron Paul die Speerspitze der Kriegsgegner im Kongress bildet. Mit Kucinich verfasste Swanson, Magister der Philosophie, 2008 eine Anklageschrift gegen George W. Bush. 2010 erschien Swansons Buch „Krieg ist eine Lüge“.

National-Zeitung: Herr Swanson, Präsident Obama erklärte auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel am Dienstag, den 7. Juni, „dass die Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen und Personal durch Deutschland in Afghanistan es den NATO-Verbündeten ermöglicht hat, ihre Unterstützung für die Mission zum Schutz des libyschen Volkes aufzustoßen“. Schützt dieser Einsatz wirklich das libysche Volk?

Swanson: Weder der Einsatz in Afghanistan noch der in Libyen schützt im Ergebnis das Volk. Die Indienstrategie der NATO kaschiert diesen Umstand in den USA, wo der Kongress keine Grundlage hat, Gräueltaten zu untersuchen, die der NATO und nicht den Vereinigten Staaten zugeschrieben werden. Der Libyen-Krieg war ein Lockvogelbetrug: ursprünglich als humanitärer Einsatz angepriesen wurde daraus sofort etwas anderes.

Europäische Streitkräfte in Afghanistan mögen Obama dabei helfen, 3.000 bis 5.000 von den 200.000 amerikanischen Soldaten und militärischen Dienstleistern dort rauszuholen. Aber als Obama im Dezember 2009 einen bedeutenden Rückzug für Juli 2011 ankündigte, dachte niemand, dass die Truppen gleich wieder gegen Libyen zum Einsatz kommen würden.

Obwohl dieser winzige Rückzug nicht nach einem Ende der Besatzung in Afghanistan aussieht, beängstigt er diejenigen, die US-Politikern die Wahlkämpfe finanzieren. Ein Reporter der amerikanischen TV-Senderkette PBS berichtete im Mai: „Ein Manager einer kleinen Militärfirma sagte kürzlich scherzhaft zu mir: ‚Afghanistan ist unser Geschäftsplan.‘ Ich fragte ihn, was er

tun würde, wenn der Krieg endet. Er starrte mich einen Augenblick an und sagte: ‚Ich hoffe, dann marschieren wir in Libyen ein.‘“

Der Libyen-Krieg wirkt auf die Welt im Vergleich zu Afghanistan wahrscheinlich klein und vielleicht sogar vertretbar – außer man lebt in Tripolis oder wie ich in der Nähe von Washington. Nur der US-Kongress hat nach unserer Verfassung das Recht, den Krieg zu erklären – aber er hat das seit dem 8. Dezember 1941 nicht mehr getan. Seit damals hat die vorgespiegelte Beteiligung des Kongresses am Entscheidungsprozess immer weiter abgenommen. Den Höhepunkt bildete der Beginn des Libyen-Kriegs, bei dem selbst der Anschein einer Einbindung des Kongresses sorgfältig vermieden wurde. Dieser neue Krieg verletzt die Verfassung, den Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges, die UNO-Charta und ein US-Gesetz von 1973, die „War Powers Resolution“.

„Raus in 15 Tagen!“

National-Zeitung: Inwiefern?

Swanson: Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 17. März eine Resolution für eine humanitäre Intervention: Flugverbotszone, Waffenstillstand, Waffenembargo, Verbot fremder Bodentruppen. Doch das wurde sofort dazu benutzt, Zivilisten zu bombardieren, Waffen einzuführen und ausländische Bodentruppen einzusetzen – ganz zu schweigen von den Drohnenangriffen und einem offensichtlichen Mordversuch. Selbst wenn diese Resolution den Krieg in den Augen der Welt legalisieren sollte – und ich hoffe, das ist

nicht der Fall –, macht sie ihn in den USA nicht verfassungsgemäß.

Die „War Powers Resolution“ würde den Präsidenten nur zur Entsendung von Soldaten berechtigen, wenn Libyen die Vereinigten Staaten angegriffen hätte. Dieses Gesetz verlangt außerdem, dass der Präsident den Kongress innerhalb von 48 Stunden nach dem Beginn eines Krieges unterrichtet – was Obama getan hat, aber unter Auslassung der meisten Informationen, die er hätte mitteilen müssen. Es bestimmt darüber hinaus, dass der Einsatz nach 60 Tagen beendet wird, wenn der Kongress den Krieg nicht autorisiert hat – und diese Frist ist im Fall Libyen abgelaufen.

National-Zeitung: Wie geht der Kongress damit um?

Swanson: Vor zwei Wochen verabschiedete das US-Repräsentantenhaus zahlreiche Zusätze zum Verteidigungshaushaltsgesetz 2012. Ein Zusatz stellt klar, dass durch die Verabschiedung dieses Gesetzes der Libyen-Krieg nicht autorisiert wird. Ein anderer verbietet den Einsatz von US-Bodentruppen in Libyen. Aber ein weiterer Zusatz verlangt, dass das US-Militär bei Beendigung des Krieges die Gebeine von US-Seeleuten ausgraben und nach Hause bringen soll, die in Tripolis während eines früheren Krieges im Jahr 1804 beerdigt wurden. Wie genau soll das passieren, ohne dass das US-Militär die Kontrolle über Tripolis übernimmt?

Ein anderer Abschnitt desselben Gesetzes, Section 1034, gibt dem Präsidenten effektiv die Macht, Kriege zu beginnen. Diese Bestimmung widerspricht der Verfassung und ist eine tickende Bombe für künftige Kriege. Während sie noch den Senat durchlaufen muss, wurden am 1. Juni im Repräsentantenhaus weitere Schritte unternommen, um die Präsidentschaft zu stärken. Der Kongressabgeordnete Dennis Kucinich, für den ich tätig war, stellte einen Antrag von nur einem Satz, der besagte: Beendet die US-Beteiligung am Libyen-Krieg in 15 Tagen! Die Führung im Repräsentantenhaus kam zu der Überzeugung, dass der Antrag durchgehen würde und wurde panisch. Progressive Demokraten und libertäre Republikaner – letztere stehen jeder Regierungstätigkeit einschließlich der Führung von Kriegen ablehnend gegenüber – taten sich zusammen und Dutzende andere Republikaner, die Obama hassen, gesellten sich hinzu. Also entwickelte der Sprecher des Repräsentantenhauses über Nacht eine unverbindliche Resolution, wonach der Krieg nicht genehmigt sei, aber fortgeführt werden kann. Man ver-

langte gleichzeitig, dass der Präsident verschiedene Informationen liefern solle. Diese Entschließung, ein zahnloser Tiger, wurde verabschiedet und Kucinichs Antrag wurde abgelehnt. So machte der Kongress aktenkundig, dass ein Krieg illegal geführt wird und er nichts dagegen unternehmen will.

Merkels und Obamas Forderung

National-Zeitung: Welche Konsequenzen hat das?

Swanson: Das verheißt nichts Gutes für den Imperialismus der kommenden Jahrzehnte. Ich sage nicht „Jahrhundert“, weil ich nicht annehme, dass der US-Imperialismus noch ein weiteres Jahrhundert andauern wird. Ein Militär, das um 85 Prozent verringert werden könnte und immer noch das stärkste der Welt wäre, ein Militär, das den Planeten, das Weltall und das Internet in zahlreiche „Kommandos“ zerteilt hat, ein Militär, das 1.000 Stützpunkte in anderer Menschen Länder rund um die Welt unterhält, wurde in die Hand einer einzigen Person gelegt – in die Hand einer Abfolge von Personen, die gewohnheitsmäßig ihren Kurs vom Militär selbst beziehen.

National-Zeitung: Was kann dagegen getan werden?

Swanson: Die Verfassung hält für diese Situation ein Instrument bereit. Es ist englischen oder schottischen Ursprungs und heißt „impeachment“ (Präsidentenanklage; Anm. d. Red.), doch das hilft zur Zeit nicht weiter, da der Vorwurf gegen Obama nicht auf außerehelichen Geschlechtsverkehr lautet.

National-Zeitung: Obama fuhr auf der erwähnten Pressekonferenz fort:

„Die Bundeskanzlerin und ich hatten auch klar gesagt: Gaddafi muss abtreten und die Macht an das libysche Volk übergeben. Und der Druck wird weiter wachsen, bis er das tut.“ Wie klingt das in Ihren Ohren?

Swanson: Das klingt wie Lügen zur Unterstützung von Verbrechen, die wahrscheinlich ihre eigenen Ziele verfehlen werden. Gaddafi zu töten wird nicht die Herrschaft des Rechts, sondern die des Faustrechts stärken. Und es wird Libyen weder Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie noch eine NATO-freundliche Regierung bringen.

„Versöhnung statt Unterjochung“

National-Zeitung: Wie verbreitet sind auf dem Kongresshügel Ansichten wie Ihre?

Swanson: Bei der namentlichen Abstimmung im Repräsentantenhaus votierten am 3. Juni 61 progressive Demokraten und 87 vor allem libertäre republikanische Republikaner für Kucinichs Antrag zum Rückzug aus Li-

byen. Diese beiden Gruppen sind bei allem unterschiedlicher Ansicht – außer beim Widerstand gegen den Krieg. Beim Thema Krieg weichen sie stark vom Präsidenten und der Führung beider Parteien ab.

National-Zeitung: Wie kann der Konflikt in Libyen gelöst werden?

Swanson: Kucinich hat am 7. Juni einen überzeugenden Friedensplan für Libyen veröffentlicht. Danach liegt es im Interesse des ganzen libyschen Volkes und der Völkergemeinschaft, einen Verhandlungsfrieden herbeizuführen. Dazu sind ein sofortiger Waffenstillstand, uneingeschränkter Zugang für Hilfsorganisationen und ein politischer Dialog erforderlich. Die Friedensvereinbarung soll laut Kucinich auf dem Willen zur Versöhnung und zur nationalen Einheit Libyens und auf einem ernsthaften politischen Prozess beruhen – nicht auf Dominanz und Unterjochung.

National-Zeitung: Und in Afghanistan?

Swanson: Hier hat zum Beispiel die afghanische „Freiwillige Jugend für den Frieden“ gewaltlose Optionen entwickelt, die man auf www.our-journeysmile.com nachlesen kann. Diese jungen Menschen streben ein Leben ohne Kriege an und wollen weder von den Taliban noch von den US/NATO-Streitkräften beherrscht werden.

National-Zeitung: Wie sieht Ihre Vision aus?

Swanson: Ich würde es gerne sehen, dass sich die USA mit der islamischen Welt im Rahmen von Jugendbegegnungen statt mit Bomben und Stützpunkten auseinandersetzen. Studentenaustauschprogramme würden mehr als anderes die Augen öffnen. Die Vereinigten Staaten sollten nicht erst dann aufhören, Diktatoren zu finanzieren und zu bewaffnen, wenn sie gestürzt sind oder wenn wir einen Kandidaten gefunden haben, um sie zu ersetzen, sondern generell. Wir sollten in gewaltlose Aktivisten investieren. Sie kosten viel weniger als Diktatoren oder Kriege, sind weit effektiver und verursachen ungleich weniger Kollateralschäden. Wir sollten die internationalen Schulden streichen, nichts mehr verleihen und aufhören, Bedingungen aufzuzwingen. Wir sollten stattdessen Geld geben, indem wir es wirklich geben. Wir sollten es an vom Volk ausgehende gewaltlose demokratische Bewegungen und Regierungen geben. Und wenn im Volk verwurzelte Regierungen unsere Stützpunkte und Flotten nicht mehr in ihrem Land haben wollen, sollten wir ihnen zuvorkommen und schon gegangen sein.

Buchtipps: Wer regiert die USA? / Die Drahtzieher der Globalisierung



Zu nah dran am Tag, als der Libyen-Krieg begann: David Swanson wird bei einer Demonstration am 19. März vor dem Weißen Haus in Washington in Gewahrsam genommen. Am vergangenen Samstag, 11. Juni, war Swanson einer der Hauptredner auf der „Stoppt den Krieg“-Konferenz in London zum Thema zehn Jahre Afghanistan-Krieg.

Directing the President, pursuant to section 5(c) of the War Powers Resolution, to remove the United States Armed Forces from Libya

	YEAS	NAYS
REPUBLICAN	87	144
DEMOCRATIC	61	121
TOTALS	148	265

Das andere Amerika schläft nicht: Immerhin 148 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses stimmten am 3. Juni für Dennis Kucinichs Antrag, Präsident Obama anzuweisen, die US-Streitkräfte innerhalb von 15 Tagen aus dem Libyen-Krieg abzuziehen. 265 Abgeordnete waren dagegen. Das Repräsentantenhaus entspricht in etwa dem deutschen Bundestag, der Senat dem Bundesrat. Beide Kammern zusammen bilden den Kongress.